

Wärde, die Todesstrafe durch die Darauflin in einer Reihe von Fällen gegen zweifellos Unschuldige erkannt worden ist. Es ist sicher, daß in vielen Dingen das Strafrecht vert. In keinem aber verläßt es sich gegen die Natur, als wenn es Leben tötet, obwohl es Leben nicht schaffen kann. Es ist deshalb überall die Reaktion schlimmster Art, welche diese Grundpflicht der Menschen gegeneinander verletzt und das die Todesstrafe fordert. Die Reaktion findet ja ihre Grundlage in der Macht der Bestehenden, die als erbliche Gesellschaftsordnung persönlich gegen Bestrafung möglichst sich gesichert glauben. Der arme aber ist im Kampfe um das Recht fast wehrlos; die Gefahr, sogar zum Tode verurteilt zu werden, auf Grund unrichtiger Sachverständigen-Erkenntnisse und falscher Zeugnisse, ist für ihn eine höhere Gefahr als für den Reichen und Gebildeten, der sich ganz anders wehren kann.

Der Regierungskommissar Dr. Preuß erklärte jetzt in der Nationalversammlung zu Unrecht, daß über die Todesstrafe erst bei der Reform des Strafrechts entschieden werden könne. Die Frage der Tötung eines Menschen ist nicht Bestandteil der Strafrechtlichen Erwägungen, sondern sittlicher Natur. Wenn Dr. Preuß glaubt, daß die Entscheidung im Sinne der Antragsteller (auf Abschaffung der Todesstrafe) erfolgen werde, so mag er in seiner Testaments die Schatten der etwa unkuhldig zum Tode Verurteilten und Dingerichteten gegen sich heranziehen lassen, die inzwischene noch wegen dieses unrichtigen Formalismus einer Tötung unterworfen sind.

Doch sich Dr. Düringer und Professor Kahl gegen die Abschaffung der Todesstrafe ausgesprochen haben, ist selbstverständlich. Sie sind auch sonst Repräsentanten reaktionärer militärischer Gewalt. Für jeden rechten Menschen ist, ohne Rücksicht auf irgendwelche Parteistellung die Tatsache sachlich, daß hier die ärgste Reaktion das deutsche Volk in seinen neuen Grundrechten in die letzten Zustände des Mittelalters demütigt, während es einer neuen geläuterten Zukunft entgegengeht.

Wenn der Demokrat Haußmann erklärt, daß diejenigen nicht das Recht hätten, die Abschaffung der Todesstrafe zu verlangen, welche fortgesetzt an die Gewalt appellieren, so übersteht er, daß niemand diesen Leuten das Recht gibt, die Abschaffung der Todesstrafe zu verlangen. Diese wird vielmehr von denen verlangt, welche das natürlichste Recht der Menschen nicht mit Füßen treten lassen wollen, welche wissen, daß die Todesstrafe gewaltlos ist und selbst fürwahrte Verbrechen verurteilt. Seit wann hat denn auch jemals eine Gesetzgebung etwa zum Schutze des Eigentums sich nach den Ansprüchen der Einbrecher gerichtet? Wenn die Einbrecher die Strafe für den Einbruch abgeschafft haben wollen, und man sagt mit Recht, daß diese Einbrecher gar nicht das Recht haben, solches Verlangen zu erheben, so hat dies doch damit nichts zu tun, daß gerecht denkende Menschen von einer Gesetzgebung verlangen, daß sie ihre Bestimmungen mit den Grundgesetzen der Natur und der Gerechtigkeit in Übereinstimmung bringe.

Wenn Dr. Bölich behauptet, daß die Juristen in der Mehrzahl für Beibehaltung der Todesstrafe seien, so übersteht er, daß leider die Juristen zum größten Teil die absolutesten Stützen der schlimmsten Reaktion sind, und die Frage, ob man ein Unrecht (Tötung) begehen darf, seine juristische ist.

Die Behauptung, daß die Theologen angeblich, dessen Blut müßte wieder vergossen werden, der selbst Blut vergossen habe, verkennt ganz, daß Theologen auch Menschenopfer zur Verhöhnung der Götter auf den Altar brachten und die 10 Gebote fortgesetzt schändeten, indem sie dieselben so anwendten, wie sie dieselben auftrugen. Man denke an die farnischen Gegenprozesse.

Während der gesamten Kriegszeit hat die Juristenwelt niemals ihre Stimme für Abschaffung des Belagerungszustandes, oder der Ausnahmestrafen für Militärverbrechen durch Berufsgelehrte erhoben. Vor manchem Unglück wäre vielleicht verhindert worden, wenn durch den Belagerungszustand nicht von vielleicht besten Gedanken das Nachdenken verboten gewesen wäre. Die Juristen haben sich als konstanten Ungerechtigkeiten des Rechtes genossen zu gefallen lassen, wie die Verhöhnungen des Gerechtigkeits-

gedankens auf der Wärfenkonferenz in Haag durch Deutschland.

Nach beistehender Hoffnung, daß die Nationalversammlung in zweiter oder dritter Lesung die fürchterliche, völlig zwecklose Tötung des Menschen von Staats wegen beseitigt. Wenn sie es nicht tut, so spricht sie sich das Todesurteil.

Pollzeiminister Heine.

Herr Wolfgang Heine, der seit der Bildung der parlamentarischen Regierung vom Justizminister zum Minister des Innern hinübergewechselt hat, tauchte gestern abend wieder einmal in der Preussischen Landesversammlung auf, um mit wahrer Bersekerwut sich über die Unabhängige Sozialdemokratische Partei und alles was ihr zugeht, was ihm in seinem reaktionären Wirken im Wege steht. Seine Wut richtete sich hauptsächlich gegen die Ausführungen, die der Redner unserer Partei, Genosse Leid, in der Abend Sitzung vom Donnerstag über die inneren Zustände in Preußen, die sich vom alten Preußen kaum unterscheiden, gerichtet hat. Genosse Leid hatte die Einrichtung der Einwohnerversammlung und die in Aussicht genommene Militarisierung und Kasernierung der Berliner Polizei als gegen den Friedensvertrag verstoßend bezeichnet und geäußert, daß diese „Reformen“ vom Ministerium des Innern ganz wie früher einfach verfügt worden sind. Heine ging auf diesen Vorwurf nicht ein, sondern er wandte sich mit großer Enttäuschung gegen unseren Genossen, den er als einen Agenten der Entente und einen Denunzianten der deutschen Regierung beschimpfte. Ueber das ausgedehnte Spitzwesens sagte Heine nichts. Er suchte um die Sache herumzureden und erreichte seinen Zweck mit einer großen „Enttäuschung“. Er zog eine Dichtung aus der Tasche, die er seit einigen Monaten schon bei sich trägt; sie hat die Unterschrift des früheren Polizeipräsidenten Eichhorn und es werden in ihr für politische Zwecke 25 000 Mark angefordert. Er tat sich etwas darauf zugute, daß diese Summe nicht ausgezahlt worden sei und glaubte damit bewiesen zu haben, wie inkonsequent wir seien, wenn wir die Beilegung des im Haushalt vorgesehenen 300 000 Mark-Fonds für geheime Ausgaben verlangten, während andererseits Mitglieder der Unabhängigen Partei aus demselben Fonds Gelder verwenden. Herr Heine vergaß aber zu sagen, daß unter Eichhorn die politische Polizei beseitigt worden war und deswegen Mittel für diesen Zweck gar keine Verwendung finden konnten, und daß es sich nur um eine Anforderung von Geldern auf einen bestimmten Titel handelte. Heine hat also ein sehr unehrliches Spiel getrieben, um seine Anhänger irre zu führen. Seinen Zweck erreichte er bei den Bürgerlichen und Rechtssozialisten, denn sie applaudierten ihm stürmisch.

Unangenehm waren ihm offensichtlich die Freisprüche im Prozeß Ledebour und gegen die Angehörigen des roten Soldatenbundes, auf die unser Redner hingewiesen hatte. Herr Heine ging in der ihm eigenen Weise auf den Kern der Sache nicht ein, wonach er in der Landesversammlung die angeführten Behauptungen aufgestellt hat, ohne daß dafür die geringsten Beweise erbracht worden sind. Er gab nur seiner Freude Ausdruck, daß die von ihm seinerzeit angeordneten Verhaftungen von Mitgliedern des roten Soldatenbundes wie ein Blitzschlag gewirkt hätten, und er behauptete, daß dadurch viel Blutvergießen vermieden worden sei. Wenn darunter auch einige Unschuldige gewesen wären, so sei das in solchen Fällen nicht zu vermeiden, da ja die Hauptschuldigen sich meistens in Sicherheit brächten. Mit einer an Sadismus grenzenden Freude machte er Mitteilung von der Verhaftung des Kommunisten Bief, bei dem man Flugblätter und anderes schwerbelastende Material gefunden haben soll. Das Geld, das für diese Flugblätter verwendet worden sei, komme entweder aus dem Auslande oder aus geknackten Geldschränken.

Die Rede Heines gegen unsere Partei hielten unsere Genossen für einen so wertvollen Informationsstoff, daß sie beantragten, sie in Massen herauszugeben und sie öffentlich verbreiten und anhängen zu lassen. Leider hat ihnen die

Mehrheit des Parlaments nicht diesen Befallen. Sie haben vielmehr den Antrag ab.

Dieser Polizeiminister unterscheidet sich von denen des alten Regiments in keiner Weise. Er ist von einem ebenbürtigen Parteigenossen erfüllt wie feinerlei Vorkämpfer, der Minister gegen die Sozialdemokratie. Die Verfolgung revolutionärer Arbeiter bereitet ihm große Freude, während die Gegenrevolutionäre sich alles erlauben können. Nach seinem Auftreten am Freitag ist man verärgert, Herrn Heines Charakter vom katholischen Standpunkt aus zu beurteilen. Und dieser Mann ist Minister in einer „sozialistischen“ Republik und Vertrauensmann der Rechtssozialisten.

Ein Spiel mit wechselnden Rollen.

Wie der „Vorwärts“ mitteilt, ist das folgende dringende Telegramm abgeschickt worden:

An den Reichswehrminister Roske, Weimar.
Alle schlesischen sozialdemokratischen Abgeordneten der Preussischen Landesversammlung ersuchen dringend um sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes in den Bezirken Breslau und Oppeln, da die Voraussetzungen für dessen Verhängung gefallen sind.

Gleichlaufende Telegramme sind auch an den Reichs- und Staatskommissar Göring sowie an den Zentralrat für die Provinz Schlesien geschickt worden.

Man kommt fast in Verlegenheit, wenn man diese Gebaren mit den richtigen Worten kennzeichnen will. Die Herren Roske und Göring sind die Parteigenossen der Leute, die diese Telegramme verfaßt haben, im Zentralrat der Provinz Schlesien haben sie eine beherrschende Stellung sie selbst sind also in vollem Umfang mitverantwortlich am machen für die ganz unangenehme und unangenehme Behandlung und Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes in Schlesien. Glauben sie mit diesen Telegrammen die Arbeiterklasse darüber täuschen zu können, daß hier ein Spiel mit wechselnden Rollen getrieben wird?

Die verbotenen „Rosen Fahnen“.

Der „Vorwärts“ berichtet über folgendes geraden ungläubliche, aber für die Gesinnungsamerei der rechtssozialistischen Kreise recht bezeichnende Vorkommnis:

Der Leipziger Arbeiterturnverein veranstaltete ein Kassenfest und hatte dabei einen Umzug vorgesehen. Dieser Umzug wurde zunächst verboten, auf die Beschwerde des aber vom schlesischen Ministerium genehmigt, jedoch unter der Bedingung, daß im Festzuge keine roten Fahnen mitgeführt werden dürfen.

Der „Vorwärts“ wendet sich zwar gegen solche „Reaktion“ wie er es nennt, scheint sich aber der schlesischen Rolle, die er hierbei spielen muß, nicht bewußt zu sein. Denn er hat sich stets dafür eingesetzt, daß eine Grundforderung der Sozialdemokratie nach der anderen von den Rechtssozialisten verraten wurde, und seiner vollsten Billigung hat noch vor wenigen Tagen die rechtssozialistische Fraktion in der Nationalversammlung in Weimar geschlossen gegen die rote Fahne, das Wahrzeichen des internationalen Proletariats, gestimmt.

Um so lächerlicher wirkt es, wenn er nun folgendes schreibt:

„Doch die rote Fahne, das Symbol des Sozialismus, im alten Deutschland streng verboten war und auf die Verhöhnung und Sozialistenfeste wie die bekannte rote Tuch auf den Eiser, war nicht weiter verwunderlich. Leider ist das aber auch im neuen Deutschland teilweise noch nicht anders geworden.“

Leider; wer laßt da?

Gleichzeitig berichtet der „Vorwärts“ noch über einen anderen Fall, in dem Truppen der in Gumburg im Bahrenfeld liegenden Reichswehr einer Abteilung des Hamburger Arbeiterjugend-Bundes, die mit einer roten Spielkarte, wie sie allgemein beim Spielen zum Glückswenken benutzt wird, und unter dem Gesänge unserer alten Kampflieder: „Gottan, wer Recht und Wahrheit adelt“ nach Hause zogen, den „roten Lappen“ herunter

wird die heranwachsende Jugend auch mit einem neuen Geist der sozialen Freiheit erfüllt werden!

Die Abteilung erwerbsloser Künstler der von der „Genossenschaft Sozialistischer Künstler“ zuzugewandener Rathans geeigneten Wanderausstellung zeigt in der organisierten Selbsthilfe. Der Verkauf von Bildern, Prospektiven, Plakaten, Malot-Einwürfen, Exlibris, Buchbänden, Musiknoten, Plakaten usw. soll genossenschaftlich betrieben werden. Sonderausstellungen und Kunsthandlungen sollen helfen, die Kosten zu lindern. Die Idee dieser Produktionsgenossenschaft ist zu begrüßen; der Erwerb veräußerter Stücke soll zu gleichen Anteilen an die Genossenschaft ausgezahlt werden. Die Verwertung der „Verkauf“ soll fallen gelassen werden; wer das Glück günstigen Verkauf hat, stellt das egoistische Moment der persönlichen Bereicherung hinten an und stellt rechtlich mit den darstellenden Faktoren. Wer der Produktionsgenossenschaft erwerbsloser Künstler Aufnahme erteilen will, wende sich an den Obmann Kurt Weichsel, Friedrichstraße 8.

Der zweite Auslöser der „Genossenschaft sozialistischer Künstler“ findet am 22. Juli, abends 8 Uhr, im Reform-Gymnasium Friedenau, Semmelstraße, statt. Das Programm lautet: Alfred Weisler: „Wenn heißt die Arbeit endlich ein?“ Friedrich Wendel: „Der Sozialismus.“ — Die Mensur des philosophischen Geistes. Der Eintritt beträgt 1 M.

Der französische Gelehrte an der wissenschaftlichen Fakultät zu Nancy, Viénot, hat interessante Beobachtungen über die Bestimmtheit des Geschlechtes bei Eiern gemacht. Die für die Eizellenzucht von praktischem Wert sind, da es vorzuziehen ist, mehr Eizellen als Eizellen aufzubehalten. Wenn man danach reifere Eizellen und Eizellen paart und die Eier wiegt, so kommt man zu dem Ergebnis, daß 70 Prozent der Eizellen Eier männlichen Geschlechtes sind. Ein anderer Franzose, Yves Delage, hat diese Ansicht bestätigt; auch haben amerikanische Gelehrte festgestellt, daß die Eier, die einen großen Dotter aufweisen, weiblich sind. Da das Eiweiß leichter ist als das Eiweiß, daß sich diese Erklärung mit Viénots Beobachtungen.

Von der „Neuen Zeitung“, Sozialistische pädagogische Anzeiger, Herausgeber: Dr. M. S. Weege, Unterhollfelderstraße 3, D. im Preussischen Kultusministerium, ist seit 14 erschienen. Dr. M. S. Weege schreibt darin über das alte und das neue Bildungsideal. Dr. Kurt Eberwein über den Zusammenhang sozialistischer Pädagogik, Prof. Dr. Göttsche einen Kultur zur Gründung eines Weltverbandes für internationale Erziehungs- dazu Rundschau u. a. m. Preis des Einzelheftes 1 M.

Schul-Direktoren-Schmerzen.

Von Professor Dr. Weidmann.

Der Neubau des Erziehungswesens im neuen deutschen sozialistischen Volkstaate ist ein Kampf von Fragen und Problemen, die durchaus im organischen Zusammenhang miteinander stehen und auch nicht anders behandelt und gelöst werden dürfen. Wer diese Grundwahrheit für die Neugestaltung unseres Erziehungswesens auch in unserer Revolutionszeit noch nicht erkannt hat, hat aus der Revolution, der gewolltesten Umwälzung, die das deutsche Volk seit langen Jahrhunderten jetzt erfährt, so gut wie nichts gelernt. Wenn daher einzelne Gruppen von Erziehern ihre besonderen Wünsche äußern und aussprechen, so mag das für eine über der Praxis des wirklichen Schullebens stehende Interessiertheitverwaltung in den Vorteil einer gewissen Klärung haben, aber eine solche Klärung kann und muß naturgemäß nur ganz einseitig sein. Dies trifft besonders in dem Falle zu, wo es sich wie z. B. bei den Schuldirektoren, um die Vertreter einer Einseitigkeit handelt, die das typische Einbild des besetzten Bevormundungs- und Polizeistaates ist.

Die Direktorialgewalt auf den preussischen Schulen ist ein derartig rückwärtiger Kopf, daß man sich wirklich darüber wundern kann, daß das rechtssozialistische Kultusministerium Gensisch ihn nicht sofort nach seinem Amtsantritt abgesetzt hätte. Es ist in einem sozialistischen Staate ein ganz unerhörtes Verbrechen, daß die Lehrerberufsgenossen an einer Schule sich gesellen lassen müssen, sich von einem Manne noch in viel schlimmerer Weise kommandieren und bevormunden zu lassen, als es zwischen Lehrern und Schülern überhaupt je möglich war.

Nur Dummköpfe oder Streber oder Interessenten können heute noch behaupten, daß den Lehrern gegenüber den Direktoren ja das sogenannte Beschwerderecht übrig bleibt. Durchaus zutreffend ist in dieser Beziehung das Wort eines Direktors: „Die Direktoren bekommen in doch immer recht“, das dieser gegenüber einem Oberlehrer sagte, der ihm sagte, daß er sich beschweren wollte. Das Beschwerderecht war in allen Polizeistaate für die gesamte Lehrerenschaft ebenfalls Barre wie das schone Disziplinarverfahren gegenüber den Lehrern, das in seiner Ungeheuerlichkeit und Ungerechtigkeit selbst das militärische Disziplinarverfahren noch übertrifft, insofern bei ihm unterjüngende, anfangende und urteilende Instanz die gleiche und das ganze Verfahren selbstverständlich noch erst allwissendem Raster geht ist.

So ist es auch geradezu eine Unerschlichkeit, daß einem Ranne, wie z. B. einem Direktor, sogar ein Disziplinar- und Strafrecht gegenüber seinen Schülern zusteht, die genau die gleiche wissenschaftliche und Beamtensqualifikation wie er haben.

Wenn der rechtssozialistische Kultusminister Gensisch in dieser Weise von Heßeln und Dornen noch nicht mit fester Hand zugriffen hat, so erklärt sich das vielleicht nur dadurch, daß ihm selbst die Praxis des Schullebens aus eigener Erfahrung unbekannt ist und seine Herren Geheimräte selbstverständlich nicht das geringste Interesse daran haben, ihren Herrn darauf aufmerksam zu machen, daß mit der vorhin erwähnten Direktorenautorität ihre früheren Herren Kollegen, der Herren Direktoren, in einem sozialistischen Staatsoffizien unzugänglich aufgeräumt werden muß.

Es ist rührend zu lesen, wie sich die Direktoren der höheren Lehranstalten jetzt die allgerühmte Wähe geben, ihre Privilegien und Vorrechte zu verteidigen und festzuhalten. So haben z. B. die Direktoren der höheren Lehranstalten Kommissars für die männliche Jugend am 8. Juli d. J. in Stettin gelangt und an das rechtssozialistische Kultusministerium eine Eingabe gerichtet, in der sie um Erhaltung ihrer direktorialen Amtswürde und Stellung sehr besorgt bitten. Es ist bezeichnend für diese Herren, daß ihnen in ihren amtlichen Darlegungen noch nicht einmal der abnehmende Gedanke aufgefallen ist, daß alle die Amtsfunktionen, die nach ihrer Meinung ausschließlich und allein ein Direktor zu erfüllen imstande ist, ebenso gut und viel besser zwischen dem Direktor und zwei jährlich zu diesem Zwecke vom Lehrerkollegium neu zu wählenden Beherren oder -wartern zu teilen sind. Die Amtsfunktionen des Direktors müssen eben differenziert und dann mit Hilfe des Kollegial-, Räte-, oder Wartsystems erledigt werden.

Bei den Juristen ist das Kollegialsystem, z. B. bei dem Landgericht, längst durchgeführte. Nur der deutsche Lehrer hat sich bisher eine ganz unwürdige und unerhörte Bevormundung und Anbeugung seines freien Direktors gefallen lassen müssen. Diese Zustände müssen unbedingt abgestellt werden.

Der Geist des Direktors drückt einer Behörde den Stempel auf. Es ist eine bekannte Tatsache, daß etwa 65 Prozent aller Schuldirektoren auch heute noch die Verhältnisse der monarchistischen Reaktion sind. Nezt wird ihnen bange um ihre amtliche bevorzugte Stellung und ihre Privilegien. Weg mit diesem alten Kopf! Das Räte- oder Wartsystem ist auch im deutschen Schulleben zentral durchzuführen. Denn nur so werden die bisher gebundenen außererweiterten Kräfte, die in der Lehrerschaft stecken, zur Entfaltung ihrer Schwingen freie Bahn erhalten! Nur so

essen, wobei einer der Soldaten erklärte, es könne nicht angegeben, das man mit der roten Fahne marschiere und sich "Weber" nennt.

Gerade die Rede und der Prinziviererrat der Rechtssozialisten waren es, die solche Vorkommnisse erst ermöglicht haben.

Nach der Schule der Schutzvoll.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Weimar, 19. Juli.

Wohler die Schule, heute die Hölle, was weiß, was morgen kommt. Mit diesen Worten hielt der Genosse Wurm in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung den Rechtssozialisten ihr Gelotium und ihre ganze Schande vor. Es ist richtig so: wer sich in das Netz gespannt hat, kann nicht mehr los. Ein jeder Tag bringt einen neuen schamlosen Prinzipienverrat der Rechtssozialisten. Jetzt sind sie glückselig beim Schulzoll angelangt und noch dazu bei was für einem Schulzoll.

Die Nationalversammlung beriet heute zunächst das Gesetz über die Zahlung der Hölle in Gold in 1. 2. und 3. Leistung. Mit besonderem Eifer trat Dr. Meißner für das Gesetz ein. Erzberger empfahl es und Herr Wollenbutz prüfte es als vorläufig für unsere Valuta. Sie waren einig und sie glaubten, diesen Streik gegen das Volk und die Arbeiterklasse unter Dach und Fach zu bringen, ohne daß die Öffentlichkeit auf die Bedeutung dieser Maßregel aufmerksam werden würde. Genosse Wurm zerstörte aber diese Absicht gründlich, er wies ihnen nach, daß dieses Gesetz die Valuta verschlechtert, daß es eine dreifache Erhöhung der Hölle bedeute, und er enthielt unbarbarisch die politische Verleumdung der Rechtssozialisten, die jetzt noch tollere Schutzvollzüge treiben, als die sie 1902 so heftig bekämpft haben. Wurm wies mit aller Deutlichkeit darauf hin, daß es gewissen Industriezweigen angenehm sei, daß diese Erhöhung des Zolls eintrete.

Diese Wachtel war Herrn Erzberger und seinen rechtssozialistischen Delaten so unangenehm, daß sie erbittert aufstiegen. Aber was hilft das ihnen: Mit Schreien können sie ihre Schande nicht verdrängen. Herr Erzberger und Herr Wollenbutz verdrängten die Wurm'schen Ausführungen zu entschuldigen mit vollkommenehohem Aussehen, die durchaus auf das Nivellieren der Nationalversammlung berechnet waren. Herr Erzberger leistete sich dabei den schändlichen Mißbrauch, daß durch die eingeschleppten Waren nicht verteuert würde, und die rechtssozialistischen Mitglieder der Nationalversammlung, diese glänzenden Politiker und großen Volkswirtschaftler, glaubten ihm das aus dem Munde des Heloten des Zentrums werden alles annehmen, was ihnen vom Zentrum und ihren Regierungsknechten vorgelesen wird. Denn sie merken ja zum größten Teil in ihrer „sozialistischen“ Dummheit nicht einmal, daß sie auf Schritt und Tritt den Grundgedanken des Sozialismus, den Säulen ihres eigenen Parteiprogramms ins Gesicht schlagen. Das Gesetz wurde schließlich gegen die Stimmen der unabhängigen Sozialisten angenommen.

Das Haus erledigte dann das Kaligesez und das Beamtenpensionsgesetz in erster Lesung und wandte sich dann der Beratung des Gesetzes über die Entschädigungen für Offiziere und Kapitulanten zu. Der preussische Kriegsminister begründete den Gesetzentwurf mit einer Verherrlichung des alten Heeres und die bürgerlichen Parteien und die Rechtssozialisten erklärten der Reihe nach ihre Unzufriedenheit, durch ein Milliardenopfer die Träger des alten und neuen Militarismus bei guter Laune für das jetzige Regime zu erhalten. Genosse Seger freilich führte aus, daß ihre nächsten Absichten seien, die Träger des neuen Militarismus zu kaufen, um sie auch in Zukunft gegen die Arbeiterklasse verwenden zu können. In diesem Zusammenhang wies er auf den Königsberger Vorgang hin. Segers Rede rief den Reichsverwaltungsrat Kasse auf den Plan zu einer Debatte, die alles das, was er sich bisher geleistet hat, übertrifft. Er bekam es fertig, die unerhörten Ausschreitungen in der Königsberger Stadtverordnetenversammlung zu entschuldigen und gleichzeitig die heftigsten und niederträchtigsten Anwürfe gegen die drei Reichstages Abgeordneten der Unabhängigen Fraktion zu stellen, die er als gemeine Verbrecher hinstellte.

Vollversammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins.

Die heutige Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte wurde durch Richard Müller eröffnet. Zur vorgesehene Tagesordnung wurden als dritter Punkt die

Ausgehungen am Montag

eingefügt und beschlossen, diesen Punkt an erster Stelle zu beraten. Genosse Richard Müller verlas darauf den bereits von uns gebachten Beschluß der U. S. P.-Arbeiterräte, daß die Demonstrationen gegen den Versailler Frieden und gegen die Regierung aufzuheben, nachdem man die Regierung zur Unterzeichnung des Friedens gezwungen habe. Mit den Oberentscheidungen der Entente sei ebenso wenig ein Zusammenhang möglich wie mit unsern. Man müsse mit dem anderen Vorgehen in diesen Streik treten. Der Geist der Gegenrevolution erhebt immer freier sein Haupt. Eine Gegenrevolution nach der anderen wird und entwinden. Die Parole müsse lauten: Sturz den Scheidemannern, für die Weltrevolution!

Ein entgegengesetztes Votum (U. S. P.), der es als Sozialisterei bezeichnete, daß man die erste internationale Aktion des Proletariats seit fünf Jahren durchführt. Er hält den Kommunisten vor, daß sie sich nicht von den gleichen Absichten lassen lassen sollten wie die, die den revolutionären Arbeitern den Rücken gekehrt haben. Auf einen Punkt im Tage er: Wer geschweigt hat all die fünf Jahre, will sich nicht untersuchen. Wollen wir diesen Tag als eine internationale Ausgehungen des Groß-Berliner Proletariats begehen, so haben diese Sozialisterei zu weichen. Däumig wurde sich energisch gegen die parteipolitische Ausnutzung des Friedenschlusses durch die Kommunisten. Er wurde dauernd von den Kommunisten unterbrochen, wie aber die Parole unter dem selben Vorwand der unabhängigen Genossen zurück. Man tut der deutschen Revolution den schändlichsten Dienst, wenn man die Selbstständigkeit des Proletariats läßt. Jetzt heißt es handeln, und nicht theoretisieren und diskutieren.

Langs (A. P. D.): Wir haben zu untersuchen, ob es sich in diesem Fall um revolutionäre Aktionen handelt. Die Rechtssozialisten demonstrieren am Montag auch. (Stürmische Parole: Hoch Feierabend!) Darauf kam es nicht an, sondern darauf, gegen was man demonstriert. Es muß klipp und klar gesagt werden, welche tiefe, grundlegende Unterwerfung im Charakter der Demonstration bestehe. Langs wandte sich gegen die Teilnahme der Unabhängigen an der zweiten Internationalen in Bern und Amsterdam. Dieser Vorbehalt mußte gemacht werden.

Auf diese Vorbehalte verlos Genosse Richard Müller nochmals den entscheidenden Teil der Resolution, um jede falsche Meinung zu beheben und meinte, daß sei wohl klar, daß jeder wisse, woran er sei. In der Abstimmung wurde die Resolution der U. S. P.-Arbeiterräte gegen eine Stimme angenommen.

Richard Müller machte nun einige Bemerkungen über die Vertiefung der wahren Verhältnisse am Streik. Dazu machte Brunke (U. S. P.) die Mitteilung, daß die Gaswerke sich

geschlossen am Streik beteiligen. Es sei kein Grund zu Störungen zu befürchten, da die Werke auch fünf Tage mit Gasvorrat versehen seien. Ebenso machte Willisch (U. S. P.) als Vertreter der Elektrizitätswerke die Mitteilung, daß die Elektrizitätswerke beschlossen haben, sich den Beschlüssen der Vollversammlung zu fügen. Allerdings seien die Elektrizitätswerke nicht in der Lage, bei einem einseitigen Streik weiter Elektrizität zu liefern. Die Elektrizitätsarbeiter wollten also am Tage die Arbeit ruhen lassen, dagegen abends das Licht einschalten.

Genosse Reumann (U. S. P.) setzte dann noch ganz genau die Fassung des Antrages bezüglich der lebenswichtigen Betriebe auseinander. Als lebenswichtig gelten Brot, Milch und Fleisch. Diese Lebensmittel dürfen hergestellt und vertrieben werden.

Günther (A. P. D.) wandte sich ebenfalls noch einmal an seine Parteigenossen, den Streik nur unter der Parole für die dritte Internationale und die Weltrevolution zu begehen.

Zum zweiten Punkt:

Erledigung der Beschlüsse der Vollversammlung referierte Reumann (U. S. P.) vom Vollzugsrat und berichtete über die Verhandlungen des Vollzugsrats mit dem Ministerpräsidenten Bauer in Weimar über die Knebelung der Pressefreiheit und die Verhaftungen. Bauer verhielt sich fortwährend ausweichend und kam immer wieder mit den alten Phrasen der Zeitungsbefehlungen durch Unabhängige und Kommunisten. Von Seiten der Genossen wurde ihm gesagt, daß der Ledebour-Prozess wohl zur Genüge die Wahrheit über die Zeitungsbefehlungen offenbart habe. Nachdem man sich eine halbe Stunde herumgerissen hatte, erklärte Bauer plötzlich, daß er ja in der ganzen Angelegenheit nichts tun könne, das geht nur die preussische Regierung an, und über deren Kopf dürfe er nicht übernehmen. Roste und seine waren nicht in Weimar, sondern in Berlin. Genosse Kalkahn rief telephonisch Roste an und erhielt die lakonische Antwort: „Vollzugsrat Groß-Berlin existiert ja gar nicht mehr!“ Im weiteren Verlauf des Gesprächs sagte Roste noch: er verhandle nur noch mit Körperlichkeiten, die Millionen hinter sich hätten. Als er gefragt wurde, ob er mit diesen Millionen Menschen meine und ihm gesagt wurde, daß der Groß-Berliner Vollzugsrat Millionen Arbeiter hinter sich habe, erklärte Roste, er müsse sich besprechen, ob Verhandlungen stattfinden könnten. Reumann kam zu dem Schluß, daß mit den Heine, Roste und Bauer ein Verhandeln nicht mehr möglich sei, da es von diesen selbst systematisch hintertrieben wurde.

Auf Antrag des Vorsitzenden Richard Müller wird der dritte Punkt in die Verhandlungen einbezogen, aber die Tätigkeit und die Finanzierung des Vollzugsrates gemeinsam mit dem zweiten Punkt besprochen. Ueber diese ganze Situation sprach Dümmig (U. S. P. D.). Er erklärte einleitend, daß er nicht als Vertreter der Partei spreche, sondern als Vertreter des Rätesystems. Er warnte vor dem Wüten in der Vergangenheit, man mache sich unbewußt dadurch zum Totengräber des Fortschritts. Redner spricht bei Meditationsstich weiter.

Die Ermordung des französischen Sergeanten.

Abgabe an die Militärgerichte.

Die Kriminalpolizei beabsichtigte gestern Vormittag in einer zusammenschaffenden Vernehmung und Gegenüberstellung sämtlicher Zeugen mit dem Kameraden des Ermordeten, dem Sergeanten Duplex, endlich einmal der Aufklärung der Mordtat näher zu kommen. Doch seltsamer Weise waren der größte Teil der Zeugen, insbesondere die Hauptzeugen, der polizeilichen Ladung nicht gefolgt, so daß die Vernehmungen nicht stattfinden konnten.

Wir wiesen bereits vor einigen Tagen darauf hin, wie merkwürdig es ist, daß alle wichtigen Zeugen, zumal diejenigen, die die Schuld an dem Vorkommnis den Franzosen beimessen sollen, entweder nicht aufzufinden sind oder nicht erscheinen. Die Kriminalpolizei glaubt jetzt, diesem Umstände abhelfen zu können, indem sie die ganze Angelegenheit den Militärgerichten übergeben hat, da die Zeugen sich der Ladung dieser Gerichte nicht entziehen könnten. Mit dem Vernehmen wollen die Militärgerichte, wie berichtet wird „schon“ in der nächsten Woche beginnen.

Zunächst sind wir nunmehr glänzend gerechtfertigt, da wir bereits am ersten Tage nach der Mordtat darauf hingewiesen haben, daß die Polizei die ungeeigneteste Behörde für diese wichtige Untersuchung ist, und daß hiermit nur das Gericht betraut werden dürfte. Die Antwort auf unsere Forderung war damals eine wüste Heke sogar von offiziöser Seite aus. Nunmehr hat man offenbar auch dort eingesehen, daß die Polizei keine Aufklärung bringen kann. Allerdings muß die energische Vernehmung dergleichen eingelegt werden, daß die Militärgerichte mit der Untersuchung betraut werden. Denn das heißt natürlich den Bod zum Gärtner machen.

Vor einem Generalkstreik in Weimar?

Seit einiger Zeit streiken in Weimar die Metallarbeiter. Einigungsverhandlungen, die zwischen den Unternehmern und Arbeitern der Metallindustrie geschlossen haben, haben bisher zu keiner Einigung geführt. Die gesamte organisierte Arbeiterschaft Weimars hat jetzt, am 18. d. M., beschlossen, den Unternehmern der Metallindustrie ein selbständiges Ultimatum zu stellen. Sie fordern, daß die Unternehmung innerhalb dieser Frist die Bestimmungen anerkennen, die der Schlichtungsausschuß beschlossen hat. Wenn das nicht geschieht, droht die gesamte organisierte Arbeiterschaft Weimars am Montag in einen Generalkstreik einzutreten. Zur Zeit schweben noch Verhandlungen.

Keine Verrentung eines Dods in Danzig.

Danzig, 18. Juli. (M.T.D.)

Ueber die Verrentung eines Dods auf der Reichswerke lausen Gerüchte um. Es heißt, daß die Arbeiterschaft der Reichswerke auf die Drohung hin, daß einer der Dods nach Stettin verkauft sei und dorthin überführt werden sollte, dies durch die Verrentung des Dods verhindert habe. Ueber den Vorfall wird den „Danziger Neuesten Nachrichten“ von zuständigen Stellen folgendes mitgeteilt: Die Arbeiterschaft erhob Widerspruch gegen die Ueberführung nach Stettin einerseits, weil sie darauf Wert legt, daß die Danziger Reichswerke auch künftighin betriebsfähig bleibt, andererseits, weil der Magistrat der Stadt Danzig sie als Treuhänder für den Berechtigten übernehmen werde. Der Heimgang des Dods ist von einer solchen, dem Magistrat zugefallenen Aufgabe von ihrer vorgeordneten Dienststelle keinerlei Anweisung oder Mitteilung angekommen, trotzdem sollte sie die Arbeiter zur Ueberführung des Dods ein, um die Entscheidung über diese Frage von der Berliner Zentralstelle abzuwarten. Zugleich gab sie den Befehl, das Dods zu verrenten, damit es von Unterbrechungen nicht betroffen werden kann. Ueber die entsprechenden technischen Kenntnisse hat, weiß, daß es sich dabei um einen Vorgang handelt, der sich im Rahmen der gewöhnlichen Betriebs-

wirtschaften hält. Wie dieser Befehl ausgeführt werden konnte, machen sich Unternehmern an den Ventilen zu schaffen und wollten selbstständig eine Sentung oder Verrentung einer Verrentung vornehmen. Das Dodsverrenten konnte jedoch noch rechtzeitig verhindert, daß irgendwelcher Schaden angerichtet werde. Das Dods ist also ordnungsmäßig unter Wasser gesetzt worden, und es wird dort so lange verrenten, bis die Entscheidung über seinen Verbleib getroffen wird.

Konflikt im englischen Bergbau.

London, 18. Juli. (Kont.)

Unterhaus. Bonar Law machte von der neuen Brigerung des Bergarbeiterverbandes, das Angebot der Regierung anzunehmen, Mitteilung. Er erklärte, die Erhöhung der Kohlenpreise um 6 Schilling würde am 21. Juli in Kraft treten. Die Regierung schließe die Möglichkeit weiterer Verhandlungen nicht aus. Dies ändere jedoch an der Tatsache nichts, daß jede Verzögerung der Gleichstellung des Kohlenpreises mit den Erzeugungslöhnen verhängnisvoll sein werde.

Hochverratsprozeß in Wilhelmshaven.

Vor dem Kriegsgericht in Wilhelmshaven begann am Donnerstag ein Hochverratsprozeß gegen den früheren Lehrer Herrn Hannover, den Torpedotechnikern Bod-Holtenau, den Parteisekretär Schneider-Königsberg und den Seefahrer W. Land-Parschel. Ihnen wird zur Last gelegt, daß sie einen Teil des Bundesstaates gewalttätig von Preußen lösen wollten. Die Angeklagten bestritten, die ihnen zur Last gelegten Verbrechen begangen zu haben. Die Regierung rühmt sei eine rechtmäßige, durch das Volk eingeführte gewesen. Sie sei laut von Offizieren angefeindet worden. Es kam zu einem Putsch, der zum Ziele hatte, die politische Macht den Rechtssozialisten in die Hände zu spielen. Zur Sicherung des Geldverkehrs sei nun die Reichsbank in Wilhelmshaven befehligt worden. Man wollte verhindern, daß, wie in Bremen, die Diktatur des Proletariats durch eine Weigerung der Banken, Gelder auszugeben, zum Zusammenbruch gebracht werde.

Bei der Verhandlung wird eine Reihe von Flugblättern vorgelesen. In dem einen wird Wilhelmshaven als Vaterland ausgerufen, ein anderes verkündet das Stadtrecht, verleiht die Waffenabgabe und fordert die Beamten auf, ihren Dienst weiter zu tun. Ein drittes macht die Aufforderung von Herr und Marine bekannt und fordert zum Eintritt in die Rote Garde auf. Der Angeklagte Jörn gibt zu, die Blätter entworfen zu haben. Die Verteidigung sei aber gegen seinen Willen und den seiner Mitangeklagten geschieden.

Der einstägige Proteststreik in Hamburg, der am Dienstag gegen den Willen der rechtssozialistischen Parollektion von U. S. P. und A. P. D. veranstaltet wurde, hat mit einem vollen Erfolg der Streikenden geendet. Auf den meisten Werken rißte der Betrieb vollständig. Auch unter Parollektion, die „Hamburger Volkszeitung“, ist wegen des Streiks am Dienstag nicht erschienen. — Wie das „S. L.“ noch meldet, werden die Roste truppen zum größten Teil aus Hamburg zurückgezogen.

Eine Republik Birkenfeld hat sich nun doch, entgegen den Beschlüssen der Reichsregierung, gebildet. Die „vorläufige Regierung“ des Rändens teilt in einer Bekanntmachung mit, daß sie an Stelle der abgewählten oberhessischen Regierung die Regierungsgeschäfte übernommen habe und von der französischen Verwaltungsbehörde als offizielle Regierung des Landes bestätigt worden sei. Nach Oldenburg und nach Weimar wurden Telegramme geschickt, worin die „vorläufige Regierung“ mitteilt, daß sie sich nun jetzt an als Republik Birkenfeld mit eigener Verwaltung im Verbands des Deutschen Reiches betrachte.

Gewerkschaftliches.

Generalversammlung der Holzarbeiter.

In der am Freitag abend im Gewerkschaftshausen stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung machte zu Beginn Siegle die Mitteilung, daß der Hauptvorstand die Sonderhandels der mehrheitssozialistischen Mitglieder nicht billige. Die Ortsverwaltung würde auch zu den dort gefassten Beschlüssen keine Stellung nehmen. Ohne Widerspruch wurde dem Vorschlag der Ortsverwaltung zugestimmt, den am Straßengahnerstr. 11 beiliegenden Verbandsmitgliedern 100 Proz. Streikunterstützung zu leisten. Ebenso wurde debattelos der Aufforderung der Ortsverwaltung zugestimmt, um, falls am Montag Arbeiterruhe proklamiert werde, die Holzarbeiter sich geschlossen beteiligen sollten.

In fast zweistündigen Ausführungen erstattete hierauf Siegle den Bericht vom Gewerkschaftskongress. Seine Ausführungen deckten sich im wesentlichen mit unserm Bericht. Siegle hob noch einmal mit allem Nachdruck die grundsätzliche Stellung der Opposition hervor, die sich besonders in der Frage der Arbeitsgemeinschaften oder Rätesystem scharf absetzte von der Mehrheit des Kongresses. Nach unvorbereiteter kurzer Diskussion konnte Siegle feststellen, daß die Delegierten mit seiner Haltung auf dem Gewerkschaftskongress einverstanden seien. Er wurde dann die Entschlossenheit für den Haupt- und Gesamtvorstand vorgenommen. Es erhielten als Beisitzer zum Hauptvorstand Lindemann 831, Swinkowski 814, Runke 800, Gülden 811, Edmuthal 184, Gränder 218. Die drei ersten sind gewählt. Bei den Stimmzählern zum Gesamtvorstand erhielten Stimmen Höbner 825, Willard 837, Gornisch 800, Weier 185, Waldmann 157, Gerhard 187. Dies sind ebenfalls die drei ersten gewählt.

Stürmische Generalversammlung der Sattler und Portefeuliler.

Am Donnerstag abend fand in Dockers Festhallen eine Generalversammlung der Sattler und Portefeuliler statt. Danach machte Mitteilung über das Abstimmungsresultat gemäß der tags vorher gefassten Beschlüsse der Gesamtsammlung. Danach haben etwa drei Viertel aller Arbeiter für ein Viertel gegen den sofortigen Streik gestimmt. Der Streik begann somit in den betreffenden Betrieben am Freitag. Nachdem der Ausschuss des Kollegen Wehler entgegengenommen und Schülze als Ersatzbewerber gewählt worden war, ging man zur Aufstellung einer Kandidatenliste für die 11 Delegierten zum Verhandlungstag über. Wie in allen anderen Gewerkschaften, so führte dies auch hier zu einer erregten Auseinandersetzung mit den Rechtssozialisten. Die Verbindung mit der Politik der Rechtssozialisten erfolgte nun in den meisten Gewerkschaften in der Weise, daß sich die Kandidaten erklären mußten, wie sie zum Rätesystem stehen, worauf dann in der Wahl die Anhänger der U. S. P. glänzend durchzogen. Hier wurde jedoch von der Tarifkommission der Antrag eingebracht und auch mit überrother Mehrheit angenommen, daß die Delegierten auf dem Boden des wirtschaftlichen und politischen Rätesystems stehen und sich im Gewerkschaft zu der rechtsozialistischen Politik der sogenannten Führer bekennen müssen, ein Antrag, mit dem Inhalt nach nur allzu berechtigt ist, aber der sich im Gewerkschaft zum Streik befindet, denn in dieser Form bedeutete der Antrag nichts anderes, als daß

Überhaupt keine Gegner des bürgerlichen Systems als Kandidaten aufgestellt werden dürfen, und dagegen proklamieren die Rechtssozialisten schließlich mit Recht, als eine Behandlung wie Mitglieder 2. Klasse.

Nun mußte ja das verschwindende Häuflein der S. P. D. sich von überhören klar über seine Niederlage sein. Statt sich nun als echte Demokraten der erdrückenden Mehrheit zu fügen, war wenigstens von vornherein auf diesen Sonntag die Aufmerksamkeit zu machen, ließ man zuerst über den Antrag abstimmen und die 12 Kandidaten aufstellen, dann kam man erst an die Abstimmung zu treiben, zuerst durch persönliche Anschuldigungen gegen zwei Kommissionsmitglieder, dann drohte man mit eigenem Zusammenstoß der S. P. D.-Mitglieder und schließlich brachte man sich als echte Gewerkschaftsvereine an den Buchstaben. Es wurde darauf hingewiesen, daß der Zentralvorstand wahrscheinlich die Wahl der Delegierten nicht anerkennen wird und dies bewog in der Hauptsache die Versammlung, einem Antrag Schulze zuzustimmen, wonach je eine Liste von 11 Anhängern und 11 Gegnern des bürgerlichen Systems aufzustellen ist. Dies steht natürlich im Widerspruch zu dem ursprünglichen Antrag, aber man hatte so allen Umständen die Spitze abgebrochen, denn es wird wohl auch der Vorstand nichts dagegen haben, wenn man sich vor der Wahl der Kandidaten nach deren politischer Bestimmung erkundigt, denn es könnte ja einmal auch ein Kandidat auf dem Boden der absoluten Monarchie oder der Leibeigenschaft u. dgl. stehen. Von den 20 Kandidaten für den Rätegedanken verzichteten dann 8 und nun machte Schulze den schlaun Vorschlag, von den Räteanhängern die übrig bleibenden 14, von den Rätegegnern jedoch nur 11 auf die Liste zu setzen mit dem Hintergedanken, aus der Beschäftigung der 14 Kandidaten Vorteil zu ziehen. Gleichwohl hatten die Vertreter der S. P. D. kurz vorher noch versichert, wie ernstlich es mit der Gewerkschaft meinen und sich fürchtbar entziehen, als den Gewerkschaftsführern Lug und Trug in ihrer Politik börgen worden. Schließlich werden für beide Listen 15 Kandidaten aufgestellt, von denen durch Urabstimmung 11 Delegierte zu wählen sind.

Man muß es den Rechtssozialisten lassen, sie verheßen sich ausgesprochen auf alle Anlässe der Geschäftsordnung, und sein Mittel lassen sie unberührt, um das klare instinktive Empfinden der Massen zu trüben, aber trotz aller Taktik, die vielleicht noch bei der Abstimmung beruht werden wird, ist die Niederlage der Rechtssozialisten als sicher zu betrachten.

Vor dem Bericht über den Gewerkschaftskongress wurde schließlich die Versammlung in sehr erregter Stimmung verlegt.

Groß-Berlin.

Um das kommende Groß-Berlin.

Die große Mehrheit der Gemeinden Groß-Berlins will 16 Einheitsgemeinde in der neuen Organisation aufgeben. Immerhin sind die Bestrebungen noch stark, die auf Erhaltung der sogenannten Selbständigkeit der Einzelgemeinden hinauslaufen. Hier kann es nur eins geben: Entweder lassen wir ein wirkliches Groß-Berlin mit einer strengen Zentralisation und dann werden die Einzelgemeinden Verwaltungsglieder dieses neuen Körpers oder die Selbständigkeit der Gemeinden bleibt erhalten. Dann kommen wir zu einem Groß-Berlin mit einem Schattendasein und das Groß-Berliner Kommunaleben wird vereitelt. Unsere Genossen können nur für die Einheitsgemeinde, für ein resloses Aufgeben der Einzelgemeinden in einem Groß-Berlin eintreten. Lokalpatriotische Wünsche müssen da zurücktreten. Leider scheint da und dort kleinliche Ortspolitik dem großen Gedanken eines wirklichen Groß-Berlin Steine in den Weg zu stellen.

Von Spandau haben wir schon berichtet, daß die dortigen städtischen Körperschaften eine mit einem wirklichen Groß-Berlin nicht verträgliche Politik treiben. Aus Charlottenburg wird berichtet, daß eine gemischte Kommission zu folgendem Ergebnis gekommen ist. In dem Beschlusse heißt es u. a.:

Der auf dem Gedanken der Einheitsgemeinde beruhende Regierungsentwurf ist keine geeignete Grundlage für eine zweckmäßige Neuordnung und Verfassung von Groß-Berlin, da er die Selbständigkeit und Selbstverwaltung der einzelnen Gemeinden ohne hinreichende Gründe aufhebt und dadurch nicht nur die Bürgerlichkeit mit erheblichen Nachteilen bedroht, sondern auch die Verwaltung selbst gefährdet. Das Bedürfnis, die durch die Entwicklung Groß-Berlins entstandenen Schwierigkeiten durch einen kommunalen Zusammenschluß im Wege der Gesetzgebung zu beseitigen, wird für bestimmte gemeindliche Aufgaben anerkannt. Dazu gehören die heute schon dem Verbande Groß-Berlin überwiesenen Aufgaben, außerdem der Bau und die Verwaltung von Höfen und Wassertrassen, der Arbeitsnachweis, die Wasserversorgung und vielleicht auch die Entwässerung. Vor allem aber bedarf die Finanzlage der steuerkräftigen und wohlhabenden Gemeinden einerseits und der steuerkräftigen und überschuldeten Gemeinden andererseits eines Ausgleiches. Darüber hinaus kann ein Bedürfnis nach kommunaler Gemeinschaft nicht anerkannt werden. Als zweckmäßige Lösung des Problems Groß-Berlin empfiehlt Charlottenburg die Errichtung eines Kommunalverbandes mit erweiterten Aufgaben, der auch die Aufgaben des Verbandes Groß-Berlin und des Wohnungverbandes übernimmt, und die Schaffung eines Lastenausgleichs. Im übrigen muß die Selbständigkeit und Selbstverwaltung der einzelnen Gemeinden grundsätzlich aufrecht erhalten bleiben.

Der Weg, der hier vorgeschlagen wird, ist unserer Auffassung nach nicht gangbar und wir werden uns dagegen wehren müssen.

Eine wirklich großzügige Kommunalpolitik in Groß-Berlin ist nur auf dem Boden der Einheitsgemeinde möglich.

Die wilde Jagd nach dem „Verbrecher“.

Ein aufsehenerregender Vorgang spielte sich in den Nachmittagsstunden des Donnerstag auf dem Untergrundbahnhof Wittenbergplatz ab. Und wird darüber geschrieben: „Einem Wagen 2. Klasse entstieg ein Arbeiter in Begleitung eines Kontrolleurs. Ersterer wurde mit einer Handkarte 3. Klasse in besetztem Wagen abteil „erlappi“. In dem auf dem Bahnsteig befindlichen Dienstraum sollte nun die Festsetzung des „Verbrechers“ erfolgen. Dieser zog es aber vor, sich zu empfehlen, ohne sein Schulkonto in Höhe von 8 Mark zu begleiden. Dem biden verdutzten Kontrolleur gelang es jedoch, „Dolt ihn“ zu brüllen. Auf diesen Klammruf wurde das gesamte Bahnhofspersonal alarmiert, und die wilde Hetz unter Führung dreier Koaks-Gardisten begann. Mit unerhörtem Hellemut zogen diese den Revolver und knieten plan- und ziellos in die Dunkelheit hinein. In der Kurfürstenstraße wurde auch noch die Wache des Korps „Lützow“ alarmiert und acht bis an die Höhe bewaffnete „Lützow“, die Handgranate murrbereit, beteiligten sich an der Verfolgung des „Verbrechers“. Nachdem die durch einen französischen Meister bereits gestrichelte Straße für den Verleß wieder frei gemacht wurde, lehrten die Helben nach dem Bahnhof zurück. Der „Verbrecher“ war entkommen. Als praktischer Weise würden die noch nach Fulder riechenden Revolver verkauft.

Niemand außer dem „Lützow“-Kontrolleur wußte, was der Verbrecher auf dem Revolver hatte. Das Publikum glaubte, es mit einem Handkutschenträger, einem Pantheizentanten oder gar dem Räuber des französischen Serpentens Pantheim zu tun zu haben. — Wenn die Herrschaften aber erst wüßten, daß sich dieser Kerl sogar erlaubt hat, mit einer Handkarte 3. Klasse — die zweite Wagenklasse zu benutzen! — Wie wollen auch in diesem Falle energischen Protest dagegen erheben, daß bei jeder Gelegenheit auf den Straßen eine handlose Anallerei veranstaltet wird. Unter Umständen hätte diese „Verbrecherjagd“ auch ein oder mehrere Menschenleben fordern können.

Erklärung! In den Räumen unseres ehemaligen Jugendheims, Petersburger Str. 301, werden unter Mißbrauch des Namens „Freie Jugend“ von einem Jugendgenossen, der sich von uns losgelöst hat, jetzt die verschiedenartigsten Veranstaltungen getroffen. Am Freitag vor allem bei der Jugend vorzubringen, erklären wir, daß unsere Organisation nicht damit zu tun hat. Unsere Veranstaltungen finden jetzt jeden Dienstag im Lokal von Koban, Köster Str. 44, und jeden Freitag im Feuersaal der Realschule, Rigauer Str. 8, statt. Anfang 48 Uhr abends.

„Freie sozialistische Jugend Groß-Berlin“, Gruppe Petersburger Viertel.

Eine Änderung im Sonntagsdienst der Groß-Berliner Postämter tritt von morgen, Sonntag, den 20. d. M., ab in Kraft. Zur Verbesserung der Sonntagsernte im Postdienste werden von morgen ab die Schalterdienststunden geändert und zwar werden die Schalter nur noch am Vormittag in der Zeit von 8 bis 9.45 Uhr geöffnet sein. Die bisherigen weiteren Dienststunden von 12—1 fallen in Zukunft fort. Allerdings können auch außerhalb der oben angegebenen Dienststunden noch Einschreibebriefe gegen die besondere Annahmgebühr von 20 Pfennig an den Sonntagen aufgegeben werden. Im übrigen soll aber der Postdienst ruhen. Nur die Annahme von Telegrammen ist bis um 10 Uhr abends zulässig.

Der Turnverein „Höhe“ nahm am 15. d. M. in einer Versammlung im Plenarsitzungslokal des Herrenhauses Stellung zum Bundestag in Leipzig. Die meisten Redner wiesen auf die widersprüchliche Haltung des Bundestages hin, mit der sich der „Höhe“ nicht einverstanden erklären könne. Ein Antrag des Fr. Buchholz (6. Männer-Alt.) den Bundestag, daß nur U. S. P. oder S. P. D. Mitglieder im Vorstand des Fr. Höhe tätig sein können aufzuheben, wurde mit 235 gegen 66 Stimmen der ca. 30 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Aus dem Gemeindeleben.

Die Neuköllner Stadtverordneten zur Eingemeindungsfrage. Das Neuköllner Stadtparlament beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Gesetzentwurf zur Bildung eines Stadtkreises Groß-Berlin. Genosse Großmann sowohl als auch Genosse Radtke gingen mit der Vorlage scharf ins Gericht. Sie erhoben Einspruch dagegen, daß man so ohne weiteres über die kommunalen Arbeiterräte hinweggegangen sei. Ebenfalls sei eine Wahlperiode von fünf Jahren viel zu lang, die Wahlen müßten alle zwei Jahre erfolgen. (Der Kommissionsbeschluss lautete auf drei Jahre.) Unbedingt zu streichen sei jedes Wahlrecht der Minister des Innern. Mit dem Dreiklassenwahlrecht müsse aufgeräumt werden, ebenso mit dem System der unbesoldeten Stadträte. Der ganze Entwurf sei auf der alten städtischen Stadtordnung, er widerspreche dem, was der frühere kommunalpolitische Paul Tisch früher gefordert habe. Ein Beschluss wurde nicht herbeigeführt. — Bisher fand die Einführung der neugewählten Stadträte statt. Eine Vorlage verlangt Nachbewilligung von 470 000 Mark Postzinsen. Auf Antrag unseres Genossen Großmann wurde die Vorlage zurückgestellt. Unsere Fraktion verlangt eine Detaillierung der Kosten und macht die Zustimmung davon abhängig, ob Gelder für Einwohnerwohnen oder Gehaltsfonds darin enthalten sind. Bei einer Vorlage, weitere 10 Millionen Mark für die Erwerbs-

losenfürsorge bereitzustellen, verlangt Genosse Degen ein bessere Ausgestaltung der Erwerbslosenfürsorge. Stadtrat Lindner versprach in diesem Sinne im Demobilisationsrat auszuwirken zu wollen. Ein Antrag der Demokraten, das Magistrat zu ersuchen, Schritte zu unternehmen, um die unzulässigen politischen, Verhältnisse Neuköllns zu bessern, gab unseren Genossen Radtke Gelegenheit, den Antrag zu unterstützen und scharfen Protest einzulegen gegen die unerhörte Beschimpfung des Telefonbüros.

Charlottenburg. Mit dem Ergebnis des 10. Gewerkschaftskongresses in Nürnberg beschäftigte sich am 18. Juli die Charlottenburger Gewerkschaftskommission. Der Assistent, Genosse Flemming, besprach recht eingehend die wichtigsten Tagesordnungsgegenstände und äußerte sein Bedauern darüber, daß in Anbetracht der vorgehenden Zeit die recht wichtige Landarbeiterfrage vom Kongress nicht verhandelt werden konnte. Die letzten Tage, in der die Landarbeiterfrage in einem Teile Norddeutschlands in eine Lohnbewegung eingetreten sei, beweise zur Genüge, wie wichtig diese Frage sei und sie unbedingt vor anderen Fragen vorgezogen werden müßte. Auch die wichtige Frage der Befreiung der Arbeiter von der Zwangsarbeit wurde besprochen. Die Landarbeiterfrage sei recht kurz behandelt worden. Die Landarbeiterfrage sei recht kurz behandelt worden. Die Landarbeiterfrage sei recht kurz behandelt worden.

Genosse Starck bezichtigte hierauf über den Stand der Selbstbehauptung und erörterte die Schwierigkeiten, die dem Betreffenden in Bezug der Platzfrage sich entgegenstellten. Der Vertreter der Handlungsgehilfen, Genosse Lehmann, erklärte darauf, daß überall der 7-Uhr-Lohnschluß durchzuführen sein müsse. So zum Beispiel werde in dem Konsumgeschäft „Kosmos“ in der Wilmersdorfer Straße hiergegen ganz besonders für den Lohnarbeiter Partei ergreifen. Hierüber müsse unbedingt mehr Aufklärung unter der Arbeiterklasse geschaffen werden.

Tegel. Die Gemeindevertretung nahm am Dienstag in ihrer besonderen Sitzung Stellung zum Gesetzentwurf über die Eingemeindung nach Groß-Berlin. Obwohl die Vertreter der Gemeinde nicht sehr lebhaft gegen den Regierungsentwurf wandte, da er den Einzelgemeinden an sich die Selbstverwaltung nehme, stellte sich die Vertretung auf dem Wege der Gutachten unter der Bedingung, daß der Eingemeindungsbezirk bis zu 20 Kilometer Radius ausgedehnt werde. Abgelehnt wurde unser Vorschlag, das Einkommenssystem zu fordern. Die Schaffung des besonderen Magistratskollegiums wie auch die Verlegung der kommunalen Arbeiterräte in der Verfassung der Einheitsgemeinden; gegen letztere Forderung stimmten auch die Rechtssozialisten. Angenommen wurde, daß besoldete wie unbesoldete Magistratsmitglieder gleichmäßig nur auf 3 Jahre gewählt werden sollen. Ferner wurde die Erweiterung des Magistrats auf 34 Mitglieder verlangt; 17 von den Einheitsgemeinden; die Stadtoberordnetenkommission soll 20 Mitglieder haben. Danach läme auf 12 000 statt auf 18 000 Einwohner ein Stadtoberordneter. Der Magistrat sei am dem Schluß, daß die Selbstverwaltung der Einzelgemeinden nicht in einer besonderen Resolution zum Ausdruck gebracht wurde. Die Selbstverwaltungsdorgane sollen selbst über den Abbau der Einzelgemeinden und den Aufbau der Einheitsgemeinde bestimmen.

Aus den Organisationen.

Teltow-Beetzow, Morgen Sonntag, den 20. Juli, Sonntag 10 Uhr, Kreisgeneralversammlung in Berlin, Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Redaktions-Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck im Einbinderdruck und Verlagsgeellschaft m. b. H. Schillbauersdamm 10.

Am Dienstag erscheint:

Eine Abrechnung mit den Rechtssozialisten

von Arthur Crispian.

Preis 50 Pfennig.

Bestellungen richte man sofort an die Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin, Abteilung Buchhandel, Schiffbauerdamm 10.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands

(Zentrale Berlin, Sebottstr. 87/88) und Krankentüchtereinigungsverband der Schneider (Freie Arbeitervereine)

An unsere Mitglieder!

Aufruf zum Proteststreik!

Die Vertrauensmannschaft am Freitag, den 18. Juli, hat beschlossen, in einen Proteststreik einzutreten. Wir empfehlen allen Mitgliedern, am Montag, den 21. Juli, die Arbeit vollständig zu lassen und sich an den Kundgebungen zu beteiligen, um maßvoll auszugestalten.

NB. Gleichzeitig bemerken wir, daß am 21. Juli unsere Vertrauensmannschaft in Berlin, Geschäfts-, Verbands- und sonstige Sitzungen diesem Tage nicht hält.

Die Ortsverwaltung, J. H. Willi Lehmann.

Dauerwäsche wird ausgereinigt, gebessert, verglänzt, verklebt, zerollt. R. Schenker, Sebottstr. 7, Köpenicker Tor, Fernsprechschl. 14136.	Toleranzanzug , komplett, Engler, Neue Köpenicker Str. 72.	Handschuhe , in allen Preisen, Prödelmann, Köpenicker Str. 72.
Born , Kottbusser Tor, Fernsprechschl. 14136.	Frack , Hose, Weste, Mittel-Engler, Neue Köpenicker Str. 72.	Spiralreißer , in allen Preisen, Prödelmann, Köpenicker Str. 72.
Zu verkaufen 1 Milchsegg, 2 Lämmer, 15 Kaninchen, Kumbach, Ländberg Allee 41, Restaurant.	Gehrockanzug , starke Figur, verkauft Engler, Neue Köpenicker Str. 72.	Schleifchen und Knöpfe , in allen Preisen, Prödelmann, Köpenicker Str. 72.
Schwarzwaldene Dammschleifchen, Wäsche, weiß, rosa, Blau, Gassen, rosa, verkauft Engler, Neue Köpenicker Str. 72.	Nähmaschine 75.—, Oas-kocher, Haslmann, Rehgarten, Wanzl, Hilder, verkauft Schafke, Lichtenberg, Mägelstr. 5.	Metalle , in allen Preisen, Prödelmann, Köpenicker Str. 72.
Endreinigung , Distel, Haupt Auszug, Neue Köpenicker Str. 72.	Overcoat verkauft Engler, Neue Köpenicker Str. 72.	

Parteigenossen!

Protestiert gegen das Noske-Verbot!

Abonniert

DIE FREIE WELT

Illustrierte Wochenschrift der U. S. P. D.

PREIS 20 PFENNIG
VIERTELJAHR LICH M. 2.50

Verbot aufgehoben!